



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Oskar Lipp, Florian Köhler, Gerd Mannes, Andreas Jurca, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Energiepreisexplosion stoppen – Tanken, Heizen und Strom wieder bezahlbar machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Landesebene dafür Sorge zu tragen und sich auf Bundes- und EU-Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Temporäre Aussetzung und anschließende Abschaffung der nationalen CO₂-Abgabe (Brennstoffemissionshandelsgesetz, BEHG) auf Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl; kein Beitritt Deutschlands zum EU-Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (ETS 2).
- Temporäre Aussetzung und langfristiger Austritt Deutschlands aus dem EU-Emissionshandelssystem (ETS I).
- Herabsenkung der Energiesteuer auf Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl auf das EU-zulässige Mindestniveau.
- Senkung der Stromsteuer für Gewerbe- und Haushaltskunden auf das EU-zulässige Minimum.
- Reduzierung des Umsatzsteuersatzes für Benzin, Diesel, Erdgas, Heizöl und Strom auf den gesetzlichen Mindeststeuersatz von 7 Prozent.
- Verstärkte Beobachtung der Preisentwicklung an Tankstellen für Benzin und Diesel durch die Bundes-Kartellbehörden und Prüfung, ob es durch Ölkonzerne zu unlauteren Preissteigerungen kommt.
- Sicherstellung des Erhalts und Betriebs der strategisch bedeutsamen bayerischen Gasspeicher, insbesondere:
 - Einsatz auf Bundesebene dafür, dass der Gasspeicher Breitbrunn von der bundeseigenen Uniper SE auf den Freistaat übertragen wird.
 - Prüfung des Erwerbs oder einer maßgeblichen Beteiligung des Freistaates am Gasspeicher Wolfersberg, um Befüllung, Betrieb und strategische Einsatzbereitschaft unter staatliche Kontrolle zu stellen.
 - Einsatz auf Bundesebene für die Einführung einer strategischen Erdgasreserve.
 - Einsatz auf Bundes- und EU-Ebene für die Wiederaufnahme einer pragmatischen energiepolitischen Diplomatie nach dem Vorbild des ehemaligen bayerischen Wirtschaftsministers Otto Schedls, einschließlich direkter Verhandlungen über langfristige Erdgaslieferverträge, die der Versorgungssicherheit und den wirtschaftlichen Interessen Bayerns dienen.

Begründung:

Der eskalierte Krieg gegen den Iran verschärft die deutsche Energiekrise und treibt die Preise für Kraftstoffe, Heizenergie und Strom in Deutschland weiter in die Höhe, was die Bezahlbarkeit für Bürger und Wirtschaft zunehmend gefährdet. Diese Eskalation wirkt als Katalysator für bestehende Preissteigerungen, die jedoch strukturell auf der nationalen und europäischen Dekarbonisierungspolitik beruhen. Aufgrund von Energie- wende, Dekarbonisierung und Russland-Sanktionen sind zwischen 2019 und 2025 die Verbraucherpreise in Deutschland kumuliert um etwa 22,5 Prozent angestiegen, was zu einem erheblichen Kaufkraftverlust geführt hat: das reale Medianeinkommen pro Haushalt ist um rund 4 Prozent oder etwa 1.700 Euro gesunken. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit umfassender Maßnahmen zur Entlastung und Stabilisierung der Energieversorgung.

Im Bereich der Mobilität, insbesondere bei Kraftstoffen, wirkt sich der Irankonflikt indirekt aus, da Deutschland zwar nur 7 bis 9 Prozent seiner Rohölimporte aus dem Nahen Osten bezieht, aber eine Blockade der Straße von Hormus – durch die etwa 20 bis 25 Prozent des weltweit gehandelten Öls transportiert werden – das globale Angebot verknappt und den Weltmarktpreis steigert. Aktuelle Berichte zeigen, dass Tankerbewegungen in dieser Region um 91 Prozent zurückgegangen sind, was zu höheren Preisen führt. Am 6. März 2026 betrug der durchschnittliche Benzinpreis (E5) bereits 2,00 Euro pro Liter und der Dieselpreis 2,07 Euro pro Liter, was Steigerungen von 14,4 Prozent bzw. 27,5 Prozent gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2025 darstellt, parallel zu einem Anstieg des Brent-Ölpreises um 25,2 Prozent auf 87,2 USD pro Barrel. Szenarien prognostizieren bei einer zweiwöchigen Blockade Preise von 2,30 Euro/l für Benzin und 2,20 Euro/l für Diesel, bei längerer Dauer bis zu 2,60 bis 2,70 Euro/l, mit entsprechenden Inflationsauswirkungen von 2,4 bis 3,8 Prozent. Dennoch entfallen auch bei den aktuell hohen Preisen etwa 57,8 Prozent des Benzinpreises und 48,0 Prozent des Dieselpreises auf staatliche Steuern und Abgaben, einschließlich CO₂-Abgabe und Energiesteuer. Eine Abschaffung der CO₂-Abgabe, eine Senkung der Energiesteuer um 90 Prozent und eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent könnten die Preise auf 1,28 Euro/l für Benzin und 1,51 Euro/l für Diesel senken, was eine erhebliche Entlastung darstellt. Dies unterstreicht, dass interne Politikmaßnahmen priorisiert werden müssen, um externe Schocks abzufedern.

Bei den Heizkosten, die ebenfalls von der Krise betroffen sind, haben die Gaspreise seit 2019 bis 2025 primär aufgrund Dekarbonisierungspolitik und EU-Sanktionen stark zugenommen: um 109 Prozent für Gewerbekunden, 136 Prozent für Industriekunden und 87 Prozent für Privathaushalte, ergänzt durch einen 49 Prozentigen Anstieg bei Heizöl. Der durchschnittliche Großhandelspreis für Erdgas lag im Jahr 2025 bei rund 30 bis 35 Euro/MWh und ist zuletzt auf etwa 53 Euro/MWh gestiegen, was einem Preisanstieg von rund 51 Prozent entspricht. Eine längere Blockade der Straße von Hormus könnte den europäischen Gaspreis auf 90 Euro/MWh verdreifachen, was zu prognostizierten Endpreisen von 10,63 ct/kWh für Gewerbe, 6,82 ct/kWh für Industrie und 14,50 ct/kWh für Haushalte führt. Die Gasspeicherfüllstände liegen derzeit bei nur 20 Prozent bundesweit und 16 Prozent in Bayern, verschärft durch Unterbrechungen im globalen Flüssigerdgas-Handel. Zum 06.03.2026 betrug der durchschnittliche Gaspreis für Privathaushalte 12,40 ct/kWh und der Preis für leichtes Heizöl 92,32 ct/l. Würden die geforderten Maßnahmen umgesetzt – Abschaffung der CO₂-Abgabe, Senkung der Energiesteuer auf den EU-Mindestsatz (bei Gas auf 0,055 ct/kWh) sowie Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent –, würde der Gaspreis für Haushalte auf etwa 9,63 ct/kWh sinken (Entlastung um rund 22 Prozent) und der Heizölpreis auf etwa 58,44 ct/l (Entlastung um rund 36 Prozent).

Im Stromsektor schließlich sind die Preise zwischen 2019 und 2025 um 29,4 Prozent für Gewerbe (28,75 Euro-Cent/kWh), 19,5 Prozent für Industrie (19,09 ct/kWh) und 37,2 Prozent für Haushalte gestiegen (auf 42,46 ct/kWh), hauptsächlich durch den Kernenergieausstieg, die CO₂-Bepreisung und die steigenden Systemkosten der volatilen Wind- und PV-Stromerzeugung. Eine Aussetzung der ETS-Bepreisung, die Senkung der Stromsteuer auf EU-Minima und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent könnte spürbare Preissenkungen von ca. 20 Prozent ermöglichen: auf 15,48 ct/kWh für Industriekunden, auf 20,94 ct/kWh für Gewerbe und auf 35,41 ct/kWh für Haushalte.

Die entfallenden Steuern und Abgaben in Höhe von insgesamt rund 63 Mrd. Euro (ohne Berücksichtigung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer auf Energie) könnten vollständig durch Einsparungen bei den Bundesausgaben für Klima, Energiewende, Asyl und Genderpolitik kompensiert werden, wie es die AfD-Bundestagsfraktion in ihrem alternativen Haushaltsplan für 2025 mit Gesamteinsparungen von 125 Mrd. Euro dargelegt hat. Diese Maßnahmen sind nicht nur wirtschaftlich geboten, sondern auch politisch umsetzbar, um die Energiepreisexplosion zu stoppen und die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns zu sichern.